

Solidarität mit den Beschäftigten im ÖPNV

Klimaschutz braucht Bus und Bahn

Profitzwang im ÖPNV

Die Privatisierungsvorgänge seit Anfang der 2000er führten zu drastischen Einsparungen. Private Betreiber*innen im ÖPNV müssen ihre Profite maximieren und Ihre Ausgaben auf ein Minimum reduzieren. Auch städtische Betriebe wie die MVG müssen sich laut EU Verordnung Nr.1370 im Wettbewerb behaupten und Gewinne erwirtschaften. So sind die Stadtwerke verpflichtet 100 Millionen Euro jährlich an die Stadt München zu zahlen. Seit 1998 ist die Zahl der Fahrgäste des ÖPNV in München um 24% Prozent gestiegen, die Zahl der Beschäftigten dabei um 18% Prozent gesunken. Die massive Überarbeitung in den Verkehrsbetrieben führt zudem jährlich zu zahlreichen Unfällen.



Autoindustrie vs. ÖPNV

Der Autoverkehr in Deutschland macht rund 20% Prozent der CO2-Emissionen aus. Die Automobilkonzerne nehmen durch Lobbyismus viel Einfluss auf die Politik der Bundesregierung und schreiben an Gesetzen mit. So bekommt BMW Rettungspakete, obwohl sie gleichzeitig 1,64 Milliarden Euro als Dividenden an ihre Aktionär*innen ausschütten. Die Verteilung von staatlichen Geldern kommt also ausschließlich den Aktionär*innen zugute, nicht der Allgemeinheit. Die Autoindustrie hat kein Interesse an einem gut ausgebauten ÖPNV, um zu verhindern, dass mit dem Nahverkehr eine sinnvolle Alternative zum Auto existiert.

Forderungen von ver.di

- Arbeitszeitreduzierung auf 35 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- geregelte Pausenzeiten
- Ausbau des ÖPNV und höhere Haltestellendichte/Taktung

Das reicht noch nicht!

Solange der öffentliche Nahverkehr den kapitalistischen Marktinteressen unterworfen ist, werden wir selbst um die kleinsten Verbesserungen hart kämpfen müssen. Unser großes Ziel muss jedoch ein gut ausgebauter und ökologischer ÖPNV sein, der gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten bietet und kostenlos von allen genutzt werden kann.

Wir fordern

eine vollständige Überführung des Nahverkehrs in öffentliche Hand durch entschädigungslose Enteignung privater Verkehrsbetriebe. Die Antwort muss sein: Wirtschaft demokratisieren, Kapitalismus abschaffen!

